

Die sozialen Folgen der Industrialisierung der Landwirtschaft Forderungskatalog

Anlässlich eines Seminars vom 7. Februar 2013 in Bern haben sich Landarbeiterinnen und Landarbeiter, Kleinbäuerinnen und –bauern, Vertreterinnen und Vertreter von Bauernorganisationen und Gewerkschaften, von Organisationen für die Rechte von Migrant_innen und der Menschenrechte aus mehreren europäischen Ländern mit den sozialen Folgen der zunehmenden Industrialisierung in der Landwirtschaft auseinandergesetzt.

Ausgehend von den Berichten von direkt betroffenen Landarbeiter_innen aus Südspanien und von Arbeiter_innen der Verarbeitung sowie Bäuer_innen aus der Schweiz haben die Teilnehmenden die sozialen Folgen für die einzelnen Sektoren in der Landwirtschaft analysiert und daraus Forderungen zum Schutz und zur Besserstellung der Direktbetroffenen formuliert.

Frauen sind von der Industrialisierung der Landwirtschaft besonders hart betroffen. Deshalb fordern wir, dass:

- die Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Frauen in der Landwirtschaft muss auf allen Ebenen durchgesetzt werden.

Konkret heisst das:

- Landarbeiterinnen müssen gleiche, gerechte Anstellungs- und Arbeitsbedingungen haben wie ihre männlichen Kollegen;
- Bäuerinnen müssen Entscheidungsbefugnisse, gleichberechtigte Teilhabe am Einkommen und die rechtliche Gleichstellung bezüglich der Besitzverhältnisse erhalten.

Die Arbeitsbedingungen der Arbeiter_innen in der Landwirtschaft und den landwirtschaftliche Produkte verarbeitenden Industrien sind unhaltbar. Deshalb fordern wir, dass:

- die Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten durch die Ratifikation der diesbezüglichen internationalen Konventionen* verbessert werden;
- **in der Schweiz** die Landwirtschaft unter das Arbeitsgesetz gestellt wird und dass ein bindender nationaler Normalarbeitsvertrag für die landwirtschaftlichen Angestellten mit Arbeitsbedingungen, die anderen Wirtschaftssektoren entsprechen, geschaffen wird;

Migrant_innen werden in der industrialisierten Landwirtschaft ausgenutzt. Deshalb fordern wir, dass

- die internationalen Konventionen zum Schutz der Wanderarbeiter_innen und ihrer Familien unterzeichnet, ratifiziert und umgesetzt werden;
- die in der Landwirtschaft beschäftigten Sans-Papiers regularisiert werden.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft bedroht die Existenz vieler Bäuerinnen und Bauern. Deshalb fordern wir, dass:

- als Vertrauensbildende Massnahme für Produzent_innen und Konsument_innen eine langfristige Landwirtschaftspolitik ausgearbeitet wird
- die bäuerliche Landwirtschaft gestützt wird, indem Fair-Trade-Kriterien für die Produkte aus der bäuerlichen Landwirtschaft aufgestellt und umgesetzt werden und der Mehrwert in der Produktionskette gerechter verteilt wird.
- Attraktive Voraussetzungen geschaffen werden, damit vermehrt Jugendliche in die Landwirtschaft einsteigen;
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für landwirtschaftliche Betriebe im psychosozialen Bereich, geschaffen werden.
- Eine Kontrollinstanz geschaffen wird, die zum Ziel hat, Preisdumping der Grossverteiler zu verhindern.

Die Grossverteiler vermarkten Früchte und Gemüse, die unter unannehmbaren sozialen Bedingungen produziert wurden. Deshalb fordern wir, dass:

- soziale Minimalstandards für die Produktion landwirtschaftlicher Güter festgelegt werden;
- bei offensichtlicher Missachtung sozialer Standards, die Grossverteiler zur Verantwortung gezogen werden.
- Im besonderen die Konvention Nr. 184 des BIT (2001) betreffend die Sicherheit und die Gesundheit in der Landwirtschaft